



## 4. Ausschusssitzung des ADGB.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erstattete Kollege Maßle einen ausführlichen Bericht über den Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes.

Die Diskussion bewies, daß der Entwurf unserem Ideal nicht sehr nahe kommt, wenn auch der Fortschritt nicht verkannt wurde.

Im Schlussswort betonte Maßle, daß die Gewerkschaften selbstverständlich die Einbeziehung der Landwirtschaft in das Gesetz fordern. In den Ausschüssen bei den Kammern der Bezirke wird sich die Tätigkeit namentlich auf Fragen der Berufsausbildung erweitern müssen, während die materiell-rechtlichen Bestimmungen des Lehrvertrages möglichst zentral festgelegt werden sollten. Eine Regelung des Berufsschulbesuchs und die Festlegung der Schulfürden kann nicht im Berufsausbildungsgesetz erfolgen, da sie Landesache ist. Die Gewerkschaften haben andere Möglichkeiten, sich dabei Geltung zu verschaffen. Im einzelnen muß der Entwurf sorgfältig und ohne Eile geprüft werden.

Graßmann gab einen Überblick über die parlamentarische Lage im Hinblick auf das Gesetz und erstattete dann den

### Bericht des Bundesvorstandes.

Zunächst ging Graßmann rückblickend auf die Verhandlungen ein, die zu der Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung führten.

Es ist dem Bundesvorstand gelungen, zu erreichen, daß Vertreter der Gewerkschaften als Sachverständige zu den Verhandlungen der Kommissionen hinzugezogen werden, die zur Einzelberatung des Young-Planes eingeladen worden sind. Der Vertreter der Gewerkschaften bei den Reichsbahnverhandlungen war Blaß vom Einheitsverband der Eisenbahner; er hat, wenn auch unter Überwindung erheblicher Schwierigkeiten, Werktreulos erreicht.

Dann sprach Graßmann über den Stand der Verhandlungen über die vorzeitige Räumung des Saargebietes und die Zuziehung von Gewerkschaftsvertretern zu den Sachverständigenkommissionen.

Im weiteren ging Graßmann kurz auf die Denkschrift des ADGB-Vorstandes über die Reform des Versicherungsrechtes und die Stellungnahme des Bundesvorstandes zur Altirechtsreform ein.

Sehr ausführlich beschäftigte sich der Redner mit der Finanznot der Städte und den schlechten Aussichten, die sich daraus für die Bauwirtschaft in den nächsten Jahren ergeben. Über die Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Bauwirtschaft planmäßiger zu gestalten und insbesondere die behördlichen Bauvorhaben gleichmäßig über das ganze Jahr zu verteilen, hat sich der Bundesvorstand mit dem Reichsarbeitsministerium ins Benehmen gebracht.

Der Bundesvorstand hat gegen den Entwurf eines Richtspielegesetzes protestiert. Der Nachlass Karl Legiens ist auf die Bitte der Architekten in das Reichsarchiv übergegangen. Das Gesetz des Bundesvorstandes sowie das Recht, über etwaige Publikationen aus dem Nachlass zu entscheiden, wurde vertraglich gesichert.

Eingehend berichtete Graßmann über die Arbeiten der vom Internationalen Gewerkschaftsbund eingeführten Kommission, welche die Arbeitsverhältnisse im Erzbergbau und in der Metallindustrie Luxemburgs und Frankreichs und die Schwierigkeiten untersucht, die sich für die gewerkschaftliche Aufbauarbeit ergeben.

In der lebhaften Debatte wurde von den Vertretern verschiedener großer Organisationen mit kühlem Nachdruck betont, daß im Arbeitsbeschaffungsgesetz bei der Regelung der Bestimmungen über Mehrarbeit unter allen Umständen der Tatbestand der ständig gewordenen Arbeitslosigkeit Rechnung getragen werden müsse.

Bestimmungen, die eine regelmäßige Überschreitung der achtstündigen Arbeitszeit zulassen, verlieren jeden Sinn, wenn wie heute, die Nationalisierung zu starken Betriebseinschränkungen und Stilllegungen führt, die eine große Zahl von Arbeitkräften freisetzen.

Nach der Neuregelung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Oktober dieses Jahres wird der Kampf um eine sozial attraktive Durchführung in den Verwaltungsausschüssen geführt werden müssen. Es versteht sich von selbst, daß eine Revision der Versicherungsleistungen, wie sie etwa da und dort im Zusammenhang mit der Finanzreform gefordert wurde, völlig und bis ins Detail ist. Dagegen müßte eine Erweiterung des der Krisenunterstützung unterstehenden Personentreises entschieden gefordert und

Maßnahmen zu einer großzügigen Arbeitsbeschaffung vorbereitet werden. Es ist vor allem auch eine Aufgabe, der sich die Bezirksdirektariate annehmen müssen, in ihrem Bezirk zusammen mit den Bauarbeiterorganisationen der Absicht mancher Kommunen entgegenzutreten, ihre Bauvorhaben einzustellen oder einzuschränken. Im wirtschaftlichen Interesse muß vielmehr nach wie vor auf eine Belebung der Bauwirtschaft gebrungen werden.

In der Aussprache wandte sich der Vertreter des Deutschen Baugewerbes mit großer Entschiedenheit gegen einen Vorschlag, der dahin geht, eine Einigung zwischen den Organisationen des Baugewerbes herbeizuführen, die Löhne der Bauarbeiter im Winter im Vergleich zu den Löhnen während der Bauposition planmäßig zu senken. Dieser Gedanke widerspricht allen von den deutschen Baugewerkschaften propagierten tariflichen Grundsätzen und muß überall und unter allen Umständen abgelehnt werden.

Unter den beteiligten Verbänden bestand Einigkeit darüber, daß insbesondere die internationalen Berufssekretariate auf die Besserung der Arbeits- und Organisationsverhältnisse im Erzbergbau, in der Metallindustrie

und im Baugewerbe Luxemburgs und Lothringens einwirken müssen.

In seinem Schlussswort sah Graßmann die Ergebnisse der Aussprache zusammen. Der Vorstand wird auch seine Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsminister über die Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit, besonders im Wohnungsbau, fortführen.

Zum Schluß gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten des bekannten und gerade in Gewerkschaftskreisen sehr angesehenen Sozialhygienikers Prof. Sommerfeld, der am heutigen Tage verstorben sei.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung sprach Schlimme über einheitliche Übertrittsbestimmungen. Die Kommission für Verwaltungsreform hat noch einmal zu den eingegangenen Vorschlägen und Abänderungsanträgen Stellung genommen. Den vorgelegten Richtlinien stimmte die Mehrzahl der Verbände bis auf den Punkt 5, der den Übertritt von Mitgliedern zu Verbänden mit Invalidenunterstützung regelt, zu. Die Kommission hatte sich beschäftigt, eine allgemeine Formulierung zu finden, durch die auch die Interessen derjenigen Mitglieder gewahrt werden können, die auf Grund des § 9 der Bundesatzung gewungen sind, bei Berufsweg aus einem Verband ohne Übertritt zu einem anderen zu wechseln und in einem Verband überzutreten, der die Invalidenunterstützung eingeschafft hat. Noch schwieriger wird der Übertritt, wenn ein Mitglied mit Anwartschaft auf Invalidenunterstützung in einen solchen Verband ohne Invalidenunterstützung übertragen soll. Es haben nach der vorliegenden Übersicht die Invalidenunterstützung eingeführt bzw. beschlossen: 25 Verbände mit 3 903 449 Mitgliedern; dagegen stehen vier Verbände mit 401 247 Mitgliedern, die diesen Unterstützungsweise nicht einführen können oder wollen. Außerdem besteht in vier Verbänden mit 635 254 Mitgliedern die Abstift entsprechende Vorlagen zwecks Einführung der Invalidenunterstützung den kommenden Verbandstagen zu unterbreiten. Im Jahre 1930 beginnen zwölf weitere Verbände mit 2 401 430 Mitgliedern mit der Zahlung der Invalidenunterstützung. Insgesamt unterstützen dann 25 Verbände mit 3,9 Millionen Mitgliedern ihre invaliden Mitglieder. Die Leistungen der Einzelverbände sind allerdings überaus unterschiedlich und schwanken je nach der Zahl der geleisteten Bauherrbeiträge und der Höhe der Zuflussbeiträge für die Invalidenunterstützung zwischen 4 und 72 RM. monatlicher Unterstützung; oder zwischen dem 8- bis 60fachen Wochenvollbeitrag. Sonderbeiträge werden nur in elf Verbänden erhoben, und zwar in Höhe von 5 bis 65 Pfennig pro Woche. Die Wartezeiten, die zum Bezug der Unterstützung bereitstehen, variieren zwischen 260 und 2080 Beitragsmonaten. Infolge dieser außerordentlichen Verschiedenheit bleibt ein anderer Ausweg, als daß die Verbände durch Gegenleistungserverträge über die zu zahlenden Unterstützungen und die Abrechnung der Beiträge im Falle der Invalidität formulierte Verbindbarungen treffen. Auf diese Weise wird es möglich sein, etwaige Härten für Vertragspartner zu vermeiden, und schließlich könnten diese Gegenleistungserverträge zu einer einheitlichen Regelung dieses Unterstützungsweises führen. Notwendig erweint es ferner, den Beitragsteil für die Invalidenunterstützung gesondert in den Verbandsstatuten auszuweisen, um dadurch Benachteiligungen der Mitglieder zu vermeiden.

Nach eingehender Aussprache stimmte der Bundesvorstand gegen wenige Stimmen den Richtlinien zu und beschloß ferner, die in der Vorstandskonferenz der Gewerkschaften im Jahre 1909 gefassten Beschlüsse für doppelt Organisierte in diese Richtlinien aufzunehmen.

## Die 1. Bezirks-Konferenz Hannover des Gesamtverbandes

tagte am 24. November im Volksheim Hannover.

Kollege Meißner begrüßt die Delegierten, und auch die Vertreter des Verbandsvorstandes, die Kollegen Scherff und Polenste, und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die 1. Bezirkskonferenz des Gesamtverbandes die gestellten Aufgaben zum Wohle der neuen Organisation erfüllen möge.

Kollege Polenste überbrachte die Grüße des Verbandsvorstandes, der ebenfalls der Konferenz den besten Verlauf wünscht. Dann sprach er eingehend über Aufbau und Ausbau des Gesamtverbandes. Das Referat, besonders interessant in der Perspektive über die Möglichkeit des Ausbaues, fand stürmischen Beifall.

Der Kollege Scherff, Sachbearbeiter des Beamtensekretariats, führte zum Punkt 1 der Tagesordnung folgendes aus:

Durch den Zusammenschluß der 3 Verbände sind über 30 000 Beamte der Post, der Gemeindebetriebe und der übrigen Berufsgruppen gewonnen. Diese Zahl ist nur ein geringer Bruchteil in Anbetracht der bei der Deutschen Reichspost beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten. Im Gesamtverband müssen wir versuchen, diese Zahl um ein Bedeutendes zu erhöhen. Unseren Bemühungen ist es gelungen, den Verband der Deutschen Berufsschuetzmänner zum Anschluß an den Gesamtverband zu gewinnen, und wir hoffen, daß der am 13. Dezember 1930 stattfindende Verbandstag dieses Verbandes den Anschluß vollziehen wird. Weitere Verträge, die Metzgergewerkschaft, Deutscher Kommunalbeamter ebenso zum Anschluß zu bewegen, führten bis jetzt an keinem greifbaren Resultat, trotzdem hoffen wir, daß uns auch dieses noch gelingen wird.

Redner erörtert dann unter lebhaftem Beifall unter Beamtenprogramm und vertritt nachdrücklich unsere Forderung: „Arbeiter, Angestellte und Beamte in einer Gewerkschaft.“

Kollege Kregel führte etwa folgendes aus:

Wenn wir uns am heutigen Tage über die Ausgaben unserer neuen Organisation unterhalten, dürfte es notwendig sein, auch einmal einen kurzen Rückblick auf das zu tun, was hinter uns liegt. Die drei Organisationen, die sich zusammengefunden haben, erbrachten durch Ihre Vergangenheit den Nachweis, daß sie den großen Aufgaben gewachsen sind. Die Stellungnahme der SPD

gegenüber den Beamtenorganisationen verdient ebenfalls einer Kritik unterworfen zu werden. Die bisherige Einstellung muß uns als Gesamtverband veranlassen, in der Stellungnahme der Beamtenorganisation eine Klärung mit der SPD herbeizuführen. Die Durchdringung der Verwaltung mit demokratischem Geist kann nur erreicht werden, wenn wir als Gesamtverband überall tätig sind, in den Parlamenten, ganz gleich, ob Reich, Land oder Gemeinde. Die Vertreter der Arbeiterschaft können nur Vertreter sein, wenn sie freigewerkschaftlich organisiert sind. Die Arbeiten, die wir in Zukunft in der neuen Organisation verrichten müssen, werden wir um so besser bewältigen, als es uns früher bereits möglich war, die ungelehrten Arbeiterguppen, z. B. die Transportarbeiter, die 16 bis 18 Stunden arbeiten mußten, auf eine höhere Kulturstufe zu bringen.

Unter Hinweis auf unsere Devise „Einer für alle und alle für einen“ schloß Kollege Kregel seine Ausführungen.

Kollege Meiß, Hannover, bemerkte, daß es notwendig sei, unseren Einfluß überall geltend zu machen, damit in Zukunft die Interessen unserer Kollegen in den Parlamenten noch wahrer vertreten werden können. Weiter wies Redner auf die großen Aufgaben hin, die wir als Gesamtverband zu erfüllen haben. Er kritisierte scharf die Stellung und Schreibweise der kommunistischen Zeitungen. Kollege Meiß schloß mit den Worten: „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns.“

Kollege Schmächen, Lüneburg, ersucht die Bezirksleitung, in Zukunft die Ortsverwaltungen, die sich noch keinen Angestellten halten können, mehr zu unterstützen. Er verweist weiter auf evtl. in den Bezirks-Grenzorten entstehende Schwierigkeiten.

Kollege Lohse, Einbeck, gibt dem Wunsche Ausdruck, daß sich der Zusammenschluß in allen Orten reibungslos vollziehen möge. Weiter kam er auf die Notwendigkeit der Geltendmachung unseres politischen Einflusses zu sprechen; er hofft, daß wir — wenn wir nach 3 Jahren zur neuen Bezirkskonferenz zusammentreffen — einen erfolgreichen Aufstieg des Gesamtverbandes feststellen können.

Kollege Blumenthal, Hannover, appelliert an sämtliche Delegierte um intensive Unterstützung in der Beamtengeneration.

In seinem Schlussswort führte der Kollege Polenste, Berlin, etwa folgendes aus:

Die Frage „Gewerkschaften und Partei“ ist ein Thema, das ganz besonders die leitenden Personen der Gewerkschaften erfüllen muss. Durch den Zusammenschluß wird unter Einfluß in den Parlamenten, Reichstag, Landtag und Gemeinderäten — wie das ja auch schon auf dem Verbandstag zum Ausdruck gebracht wurde — ein größerer sein, und wir müssen diesen Einfluß besonders bei Verordnungen und Verfügungen benutzen. Durch den Zusammenschluß sind die Grenzstreitigkeiten wesentlich gemindert. Das dürfte auch dahin führen, daß wir in der nächsten Zeit zu Abgrenzungen mit anderen freien Gewerkschaften kommen werden, um so allmählich ein Einheitsgebiet für unsere Organisation zu schaffen. Für die in den öffentlichen Betrieben vorübergehend Beschäftigten müssen besondere Tarifverträge geschaffen werden, weiter müssen wir darauf einwirken, daß die Zahl der vorübergehend Beschäftigten auf ein Mindestmaß beschränkt wird. Wir haben bereits bei der seinerzeitigen Einführung der Pflichtarbeit die tarifliche Gleichstellung mit den übrigen Arbeitern verlangt.

Für die Beamten, die die Ausführungen des Geistes Leiner, die dieser 1905 im Landtag zum Wohle der Beamtenstadt machte und dafür von dieser bekämpft wurde, spricht im gegenwärtigen Augenblick dafür, daß sich in der vorvergangenen Zeit eine vollständige Staatsumwandlung vollzogen hat und damit eine Neugestaltung der Rechte und Freiheiten eingetreten ist.

In der Beitragsfrage muß festgehalten werden, daß die Erhöhung, die infolge der Neuinführung der Invalidenunterstützung in Frage kommt, in Kauf genommen werden muß.

Die sogenannte gewerkschaftliche Opposition, die im Auftrage einer politischen Partei — der KPD — tätig ist, muß unter allen Umständen bekämpft werden, weil sich hier eine politische Partei in den Aufgabenkreis der Gewerkschaften einmischt will. Die marxistischen Grundsätze werden auch weiter im Gesamtverband hochgehalten werden.

Wir sind Sozialisten, und wir werden auch weiter in der neuen Organisation für die Sozialisierung und den Sozialismus arbeiten!

Kollege Kregel berichtet über die Arbeitsteilung innerhalb des Bezirksvorstandes.

In den Bezirksvorstand wurden sodann 9 Kollegen gewählt:

1. Erdmann, Karl, Hannover, Gröbelstr. 5;
2. Frank, Karl, Hannover, Fernroderstr. 37;
3. Friedrich, Julius, Hannover, Havemannstr. 7;
4. Müller, Heinrich, Hannover, Nikolaistr. 7;
5. Nachtigall, Robert, Hannover, Groest. 5;
6. Behnisch, Hans, Hameln (West), Hammstr. 15;
7. Solwin, Hermann, Osnabrück, Collegewall 14;
8. Juhrmann, Ludwig, Celle i. H., Danzigerstr. 100;
9. Mettel, August, Hildesheim, Rolandstr. 2.

Zum Verbandsbeirat zwei Kollegen.

Kollege Kregel berichtet kurz über verschiedene Verwaltungsmaßnahmen, die infolge des Zusammenschlusses in der nächsten Zeit durchgeführt werden müssen. Er erwartet sämtliche Delegierte, in den Ortsverwaltungen daran zu wirken, daß eine reibungslose Erledigung der Geschäfte ab 1. Januar 1930 gegeben ist.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Mit einem ansehnlichen Schlussswort und einem Appell an die Delegierten, in gemeinsamer Arbeit zusammenzustehen, und mit einem Hoch auf den Gesamtverband, in das die Delegierten begossen einstimmten, wurde die eindrucksvolle Tagung geschlossen.

\*) Vergl. „Gewerkschaften und Agrarfrage“ im Verkehrsverein, Nr. 49.



## Unterstützungsraub in Sowjetrußland.

In der Berliner Generalversammlung verlangte die „Opposition“ vor der Redaktion des „Verkehrsverbundes“ sie solle die Errungenheiten der Sowjetunion in den Verbandsorganen wiedergeben. „Wir kommen nachstehend dieser Aufrufforderung nach.“

Während die KPD in ihrem unerschöpflichen Hass gegen die Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften den Kampf um die Sanierung der staatlichen Arbeitslosenversicherung in einer Front mit den sozialreaktionären Parteien im Reichstage führte und hinterdrein in verleumderischer Weise von Unterstützungsraub durch die Sozialfaschisten fasste, beschäftigte man sich zu gleicher Zeit nach einem Bericht in der russischen „Wirtschaftsnaia Moskwa“ Nr. 214 mit der „Umgestaltung der Arbeitslosenunterstützung in Rußland“. Wie diese Umgestaltung praktisch aussieht, das steht andeutungsweise im „Trud“ Nr. 243 vom 22. Oktober 1929, der gleichzeitig von einem weitgehenden Abbau der Sozialversicherung berichtet. Danach hat der Beirat für Sozialversicherung eine Reihe von „Änderungen“ beschlossen, die sich insbesondere gegen die Ausnutzung der Mittel der Sozialversicherung richten sollen, um „gegen die Simulanten“ erfolgreich vorgehen zu können. Ferner wird berichtet, daß Beihilfen für stillende Mütter nicht mehr gewährt werden sollen, wenn dieselben auf dem Lande oder in ländlichen Ortschaften ansässig sind. Der Bezug von Arbeitslosenunterstützung wird von der Dauer des vorherigen Arbeitsverhältnisses abhängig gemacht. Somit gilt ab 1. November 1929 für Gewerkschaftsmitglieder eine zweijährige Wartezeit, für Nichtmitglieder ist sie auf 3 Jahre festgesetzt. Arbeitslosenunterstützung wird nicht gewährt, wenn ein Familienmitglied des Arbeitslosen, mit dem er einen gemeinsamen Haushalt hat, ein arbeitsloses Einkommen hat. Arbeitslose, die in ländlichen Bezirken wohnen oder zum Bestand einer Bauernwirtschaft gehören, erhalten keine Unterstützung. Arbeitslose, die ihr Arbeitsverhältnis selbst gekündigt haben oder die gekündigt worden sind, haben eine Sperrfrist von 3 Monaten durchzumachen. Anspruch auf Unterstützung haben grundsätzlich nur diejenigen, denen das Wahlrecht zuerkannt worden ist. Für den Bezug der Invalidenrente und der Rente, die bei Verlust des Ernährers gewährt wird, sind „we sentliche Änderungen“ in Aussicht genommen. Die gegenwärtige Anwartschaftsdauer soll für diese Ansprüche im Durchschnitt für Arbeiter um das Halbsache, für Angestellte um das Zweifache verlängert werden.

In Nr. 214 des „Trud“ wird ferner berichtet über riesige Vergeudung von Versicherungsmitteln, die einige 10 Millionen Rubel im Jahre erreichen. Um dem zu begegnen, hat das Arbeitskommissariat ein umfangreiches Programm für die Umgestaltung der Arbeitsbörsen (Arbeitsämter) entworfen. Die Unterstützungsfälle an Arbeitslosen betragen in Zukunft je nach Verdienst in der ersten Zone höchstens 27 Rubel, in der zweiten Zone 24 Rubel und in der dritten Zone 20 Rubel monatlich. Der Gesamtaufwand für alle Zweige der Sozialversicherung ist für das Staatsjahr 1928/29 mit 1077,7 Mill. Rubel eingesehzt. Für Invalidenrenten und Hinterbliebenenunterstützung entfallen davon 250,9 Mill., während für Altersrenten die horrende Summe von 8000 Rubeln vorgesehen ist. (Siehe „Wopross Truda“ Nr. 2, 1929.) Die Unternehmungen sind verpflichtet, außer der normalen Erhöhung der Beiträge noch ergänzende Einnahmequellen ausfindig zu machen und die Sozialbeiträge binnen einer Frist von drei Tagen an die Versicherungsorgane abzuführen.

Außerdem wird in einer im Frühjahr 1929 von Unifit, Mitglied des Kollegiums der staatlichen Plan-Kommission der Sowjetunion herausgegebenen Broschüre, betitelt „Wie bekämpft die Sowjetunion die Arbeitslosigkeit?“ eindeutig nachgewiesen, daß Arbeitslosenunterstützung nur an die bei den vorhandenen Arbeitsbörsen eingeragtenen Arbeitslosen gezaubt wird, wenn zuvor bei der Prüfung ihre Bedürftigkeit anerkannt ist. Saisonarbeiter werden während der sogenannten toten Saison nur dann unterstützt, wenn sie das ganze Jahr in der Stadt wohnen, und auch nur dann auf die Dauer von zwei Monaten. Lehnt ein Arbeitsloser ohne triftigen Grund die angebotene Arbeit ab, so wird er aus der Liste der Arbeitsbörsen gestrichen und verliert infolgedessen für die weitere Dauer der Arbeitslosigkeit jeden Unterstützungsanspruch. Unifit weist ferner darauf hin, daß ein erheblicher Teil deshalb keine Unterstützung erhält, weil er Verwandte hat oder durch seine Beziehungen zum falschen Lande sich ernähren könnte. Von der Unterstützung überhaupt ausgeschlossen werden in Rußland alle diejenigen, die ohne triftigen Grund ihr Dorf verlassen und sich in der Stadt um Arbeit bemühen.

In Deutschland gibt man dagegen den lebigen Facharbeitern jährlich einen Wanderchein mit dem sie wöchentlich bis zu 22,05 Mark Unterstützung beziehen dürfen.

Die Durchschnittsdauer der Arbeitslosigkeit, die bei 21 russischen Gewerkschaften ermittelt wurde, beträgt für Männer 6,8 Monate, für Frauen 12,4 Monate; 42 Prozent waren in der letzten Zeit mehr als ein halbes Jahr arbeitslos und 26 Prozent länger als ein Jahr. Die Zahl der Erwerbslosen in einzelnen Gewerkschaften betrug 7 bis 40 Prozent der Mitgliederzahl. Da die Gewerkschaftsmitglieder bei der Arbeitsvermittlung bevorzugt werden, so ist die allgemeine

Arbeitslosigkeit von noch viel größerer Dauer. Nach den Angaben allein von 281 Arbeitsbörsen lag im März 1929 trotz aller einschränkenden Beschränkungen 1747100 Arbeitslose registriert. Für Notstandsarbeiten wurden in den letzten 5 Jahren insgesamt 41 Millionen Rubel verausgabt. (Siehe Unifit.)

Nach solchen Glanzleistungen, die doch nur als der Ausdruck schlimmster sozialer Reaktion gewertet werden können, ist kaum noch daran zu zweifeln, daß die deutschen Kommunisten im Auftrage von Moskau gemeinschaftlich mit den Reaktionären im Reichstage gegen jede Sanierung der Arbeitslosenversicherung durch Beistragerziehung ankämpfen, daran ändert ihr hysterisches Geschrei nichts, mit dem sie ihr Vorgehen nur zu massiv verstehen verfügen. Die außenpolitische Filiale Moskaus im Liebknechtshause in Berlin ist verpflichtet alles zu tun, um die ungeheure Spanne zwischen den russischen Almosen und den Leistungen aus der deutschen Sozialversicherung zu vermindern. Zur eindeutig sozialistischen Staatsweise ist es selbstverständlich auf die Dauer ganz unerträglich, daß jenseits der Grenzen, unter dem Kapitalismus, die sozialen Leistungen in einem so schreitenden Gegenlauf zu den eigenen seien. Schließlich könnten die Tsars auch einmal den Arbeitern in Rußland bekannt werden, und was soll dann geschehen? Und die deutschen Moskausläufigen dürfen über die tatsächlichen Zustände im einzigen „Arbeitsstaat“ nichts erfahren. Es ist leider notwendig, auch den deutschen Arbeitern durch Zahlen dieses zu beweisen. Ab 1. Januar 1928 werden in Rußland folgende Unterstützungen pro Monat an Arbeitslose gezahlt:

Wirtschaftsgebiete	Arbeitslosengruppen:		
	Qualifizierte	Halbqualifizierte	Ungelernte
	Rubel	Rubel	Rubel
I	27,—	20,—	15,50
II	24,—	18,—	14,50
III	20,—	15,—	11,50
IV	17,50	13,—	10,50
V	15,—	11,—	8,50
VI	12,—	9,—	7,—

Für den ersten zulagsberechtigten Angehörigen werden 15 Prozent Zugang gezahlt, für zwei 25 Prozent und bei drei und mehr Angehörigen höchstens 35 Prozent der monatlichen Unterstützungen. An Gesamtunterstützung darf der Arbeitslose einschließlich Familiensitzungen nicht mehr als 50 Prozent des durchschnittlichen Monatsverdienstes in den drei Monaten erhalten. Dagegen erhält der Arbeitslose in Deutschland noch nach dem angeblichen Unterstützungsabzug bis zu 80 Prozent des Durchschnittsverdienstes an Unterstützung und er darf außerdem seit dem 1. November 1929 50 Prozent der Unterstützungsbeiträge durch Gelegenheitsarbeit hinzuerwerben, ohne daß diese Eintüpfelung angerechnet werden darf.

Sagt man neben diese Almosen die Leistungen der deutschen Arbeitslosenversicherung und war nachdem der „Unterstützungsraub“ durchgeführt ist, so darf als festgestellt gelten, daß nach vorheriger Beitragsteilung von 26 Wochen folgende Unterstützungen wöchentlich für die Dauer von 26 Wochen, und zwar ohne jede Bedürftigkeitsprüfung, ausgezahlt werden: (Beim ersten Antrag auf Unterstützung sollen in den letzten 2 Jahren 52 Wochenbeiträge geleistet sein.)

Lohnklasse	Wochenverdienst durchschnittlich	mindestens		höchstens
		Wk.	Wk.	
1	10	6,—	6,40	
2	10—14	7,80	9,60	
3	14—18	8,80	12,—	
4	18—24	9,87	15,12	
5	24—30	10,80	17,50	
6	30—36	13,20	21,45	
7	36—42	14,62	24,87	
8	42—48	15,75	27,—	
9	48—54	17,85	30,60	
10	54—60	19,95	34,20	
11	mehr als 60	22,05	37,80	

Die deutsche Versicherung kennt keine Trennung nach Wirtschaftsbereichen und keine Unterscheidung nach Facharbeiter und ungelernten Arbeitern. Saisonarbeiter erhalten in der deutschen „toten Saison“ ohne jede Bedürftigkeitsprüfung die Unterstützungsbeiträge in der obigen 1.—6. Klasse in voller Höhe, in Lohnklasse 7 die Säße der Klasse 6, in Klasse 8 und 9 die Säße der Klasse 7, in Klasse 10 und 11 die Säße der Klasse 8. Ist die tote Saison vorbei, dann erhalten dieselben Saisonarbeiter für die noch restlichen Wochen bis zur Gesamtübernahme von insgesamt 28 Wochen die vollen Unterstützungsbeiträge aus der Versicherung. Die Reichsanstalt hat an Gesamttaufwand für den Arbeitslosenfonds im Rechnungsjahr 1928/29 rund 1040 Millionen Mark verausgabt. Dazu kommen für die Sonderfürsorge der Saisonarbeiter 119 Millionen Mark, die ausschließlich aus Mitteln des Reiches und der Gemeinden geleistet worden sind. Unzureichend bleibt dabei die Ausgaben für die Werke schaffende produktive Arbeitslosenfürsorge und die Wohlfahrtsstellen, die den Gemeinden aus der Arbeitslosigkeit erzwunden sind.

Stellt man den Almosen in Rußland einmal die tatsächlichen Leistungen aus der deutschen Sozialversicherung insgegenüber, so ergibt sich für das Jahr 1929 ein Gesamttaufwand von mehr als 8500 Millionen Mark, dazu der Gesamttaufwand für den Arbeitslosenfonds im Rechnungsjahr 1928/29 mit 1533 Millionen Mark. Rußland mit seinen 150 Millionen Menschen errechnet seine Gesamtlast für die soziale Versicherung einschließlich der Arbeitslosenunterstützung mit 1.077 Millionen Rubel für das Jahr 1928/29. Der Wert des Rubel muß auch hierbei beachtet werden, denn der amtliche Index für Ernährung, Wohnung, Bekleidung usw. im Mai 1929 stand auf 228 (1913 gleich 100) gegenüber 154,4 in Deutschland im Mai 1929.

Wo in Wirklichkeit Unterstützungstaub getrieben wird, braucht nach diesen aus tuffigen Quellen stehenden Feststellungen nicht weiter untersucht zu werden. Es offenbart sich nicht nur die Unmöglichkeit auf sozialem Gebiete mit den sozial fortgeschrittenen Ländern Schritt zu halten, sondern auch die außerordentlich triste Lage der russischen Wirtschaft überhaupt. Wenn z. B. die „Roten Fahnen“ von den gewaltigen Getreidestrom durch Sowjetrußland schreien, so ist ihnen wahrscheinlich entgangen, daß die russische Getreideausfuhr, die im Monatsdurchschnitt des Jahres 1913 884 000 Tonnen erreichte, bereits im Juli 1929 auf 1100 Tonnen gesunken war. Und trotz dieses Umstandes steht im 12. Jahr der Siegreichen Revolution erneut die Rationierung aller wichtigen Lebensmittel ein, die die Arbeiterschaften zwingt vor den Lebensmittelgeschäften Schlange zu stehen, wie es in Deutschland nur in der schlimmsten Kriegs- und Nachkriegszeit der Fall war. Das alles geschieht im Zeichen des sozialistischen Aufbaus.

In Deutschland haben Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften gemeinsam in jährem Ringen gegen den geschlossenen Willen fast aller bürgerlichen Parteien den Abbau der Versicherung im wesentlichen abgewehrt. Den geringen Einfluß der russischen Gewerkschaften dagegen, die keine gewaltigen Demonstrationen gegen den staatlichen Unterstützungsraub veranstalten durften, kennzeichnet die Meldung der „Wirtschaftsnaia Moskwa“ Nr. 214 von 1929, wonach der Zentralrat der Gewerkschaften der Hauptverwaltung für Versicherungswesen den Entwurf einer Verordnung überreichen durfte, in dem eine höhere Arbeitslosenunterstützung vorgesehen war.

Für die russischen Gewerkschaften sind die Gewerkschaften eben nur bolschewistische Retterschulen, und deshalb ist man über ihre Forderungen zur Tagesordnung übergegangen und hat den Unterstützungsraub auf der ganzen Linie vollzogen.

## Revolutionäre Kongressmacht.

Die Proletarialisierung der „revolutionären Gewerkschaftsopposition“ ist vorüber. Zwei Tage lang ist in der Bockbrauerei zu Berlin von den Gewerkschaftsreferenten der KPD-Zentrale die „Strategie des Bolschewismus und der Revolutionierung der Massen“ entwidmet und die Stellung der deutschen freien Gewerkschaften unter starker Pfeilschufer genommen worden. Die kommunistische Presse hat vor dem Kongreß unablässig betont, daß seinen Anhänger die Absicht völlig verfehlte, mit diesem Kongreß die Spaltung der deutschen freien Gewerkschaften einzuleiten und eine kommunistische Gewerkschaftsbewegung ins Leben zu rufen. Diese Behauptungen wurden auch auf dem Kongreß selbst unzählige Male wiederholt und von einem Teil der Kongreßteilnehmer wahrscheinlich auch geglaubt. Die offiziellen Reden des neuen kommunistischen Gewerkschaftspolitikers Paul Merker und der übrigen „Prominenten“, die an Unklarheiten nichts zu wünschen übrig ließen, boten auch keinen Anhaltspunkt, um die wahren gewerkschaftsfeindlichen Ziele der KPD zu entziffern. Diese Reden waren nichts weiter als Theaterbonner. Die Berichterstattung der kommunistischen Presse über den Kongreß, vor allem die der „Roten Fahne“, erfolgte ebenfalls so, daß man aus ihr nicht erkennen konnte, daß auf diesem Kongreß die Spaltung der freien Gewerkschaften vorbereitet worden ist.

Trotz aller gegenteiligen Behauptungen sowohl auf als vor und nach dem Kongreß steht ohne Zweifel fest, daß auf ihm der Grundstein gelegt wurde für eine kommunistische Gewerkschaftsbewegung in Deutschland.

Doch dies auf dem Kongreß nicht offen erklärt, sondern nur in verdeckter Form zum Ausdruck gebracht wurde, geschah lediglich aus taktischen Gründen, die wiederum ihren Ursprung in dem Einsatz bei der Gründung der kommunistischen Berliner Rohrleger- und Drehervereinigung und neuerdings bei der organisatorischen Sammlung der Berliner Zimmerer haben dürfen. Die Kommunistische Partei weiß sehr gut, daß ihr solche deutsungslosen Organisationen gebildet für ihre politischen Zwecke nützen. Die Spaltungsbündnisse treten lediglich in den Beschlüssen des Kongresses zulage, vor allem aber in der Broschüre „Die Spaltung der Arbeiterklasse und der Weg der revolutionären Gewerkschaftsopposition“ von Paul Merker, die neben anderem antigewerkschaftlichen Material den Kongreßteilnehmern verabfolgt wurde. Die mehrere Druckfeilen umfassende so genannte politische Entwicklung zum Referat Merkers, die dem Kongreß bereits für und fertig vorlag und nach einigen Änderungen einstimmig angenommen wurde behandelt u. a. auch die

## Organisation der Gewerkschaftsopposition zur Führung von Massenlämpfen.

In ihr heißt es:

„Der Zusammenschluß der aktiven Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition muß direkt, bezirklich und für das ganze Reich, gestützt auf die Betriebe und in Übereinstimmung mit dem Aufbau der Gewerkschaftsverbände erfolgen... Die Durchführung dieser Maßnahmen erfordert die Ausbildung großer finanzieller Mittel, die durch den intensivsten Betrieb der Märkte für den Agitationsfonds der revolutionären Opposition an alle Arbeiter in den Gewerkschaften, Betrieben und auf den Arbeitsnachweisen gesammelt werden sollen.“

Dieser Beschluss beweist eigentlich schon zur Genüge, wobin die KPD steuert. Die Anhänger der Gewerkschaftsopposition werden in der Entwicklung ferner ausgesetzt, „ihre Arbeit im Sinne der Beschlüsse der roten Gewerkschaftsinternationale durchzuführen“. Über die Aufgaben der Ausgeschlossenen heißt es in der Entwicklung, daß die vom ADGB abgesplitteten Ortsgruppen, Branchen oder Betriebsorganisationen mit aller Entschiedenheit verhindern müssen, die Mehrheit der Arbeiter im Rahmen ihres bisherigen territorialen Arbeitsbereiches bzw. ihrer Branche für sie zu gewinnen. Noch deutlicher aber offenbart die KPD, ihre gewerkschaftsfeindlichen Ziele in der bereits angeführten Bro-

schüre Merkers. Merker schreibt darin u. a. daß die Kommunistische Partei verpflichtet sei, da sie keine Illusionen über die Möglichkeit der Erobierung des Gewerkschaftsapparates habe, „unter den Massen neue revolutionäre, von den Massen selbst gewählte, zweckmäßige Organisationen herauszubilden zur selbständigen Organisierung und Führung ihrer Kämpfe“. In seiner Stellungnahme zur Tariffrage fordert er auf, das Monopol der Gewerkschaftsbureaucratie, die Verhandlungen mit den Unternehmern zu führen und Tarifverträge abzuschließen, zu sprengen. Diese Verhandlungen sollen lediglich durch die ominösen „Kampfleistungen“ geführt werden, denen allein auch nur das Recht zu Tarifabschlüssen aufstehen soll. Nicht neu, aber bezeichnend für die Aktion der Gewerkschaftsopposition ist die Aufrufserung, die Massen gegen die Gewerkschaftsführer aufzutreten, den Verbänden neue Mitglieder, vor allem aus den Reihen der schlechtbezahlten Schichten der Arbeiterschaft zuzuführen und diese „Klassenkämpfer“ nicht etwa für die Organisation zu gewinnen mit dem Hinweis auf die sozialen Unterstützungen der Verbände. Schließlich läßt Merker das Bisher vollendete in dem Kapitel, das die Organisierung des revolutionären Körpers der Betriebsvertretungsmänner behandelt. Zur Finanzierung ihrer Tätigkeit schlägt er die Einführung von sogenannten Scherfassen in den Betrieben und die verhärkte Herausgabe von ständigen Zeitungen der Opposition vor. Über die Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte im bezirklichen und Landesmaßstab, gegliedert nach Industrien, schreibt er, daß dies Zusammensetzung vorläufig noch eine lohe, nicht ständige sei. Also vorläufig noch; was später werden soll muß erst abgewartet werden. Die kommunistischen Betriebsvertretungsausschüsse sowie die revolutionären Oppositionsgruppen innerhalb der Gewerkschaftsverbände sind nach Merkers Eingeständnis bereits ein „gewisses Gerippe für die Entwicklung in einer späteren Zeit“. Und schließlich schreibt Merker bei einem Ausflug seiner Gedanken in die Zukunft der Gewerkschaftsopposition über die eventuell entstehenden Splittergruppen, daß diese nur „Begleiterscheinungen des Kampfes der revolutionären Opposition gegen die Gewerkschaftsbureaucratie und noch nicht die Grundlage einer allgemeinen einheitlichen revolutionären Gewerkschaftsbewegung“ seien. Diese Aneinanderreihung von Zitaten, die nicht in der sinntreuen Art erfolgt ist, wie sie die kommunistische Presse beliebt, zeigt jedenfalls besser als das teilweise undefinierbare Gerede auf dem kommunistischen Gewerkschaftstag, daß die KPD die politisch leider schon so gerissene deutsche Arbeiterschaft noch mit einer eigenen Gewerkschaftsbewegung „deglücken“ will.

Diese kommunistische Gewerkschaftsbewegung verfolgt keineswegs das Ziel, die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klasse zu heben, ihr Ziel ist vielmehr, die Arbeiterschaft aus dem Wege über plannmäßig organisierte Wirtschaftskämpfe in politische Massenstreiks zu treiben.

Was man bisher nicht erreichen konnte, nämlich die deutschen freien Gewerkschaften zu einem Werkzeug der kommunistischen Partei zu machen, will man jetzt auf jedem neuen Wege. Strategie des Bolschewismus genannt, erreichen. Die Situation ist für die Gewerkschaften klar. Sie werden den Kampf aufnehmen und gegen die mit den schärfsten Mitteln vorgehen müssen, die das Gebäude der deutschen freien Gewerkschaften offen oder getarnt berennen wollen. Die Gewerkschaften werden allgemein vor allem die Frage prüfen müssen, ob es in Zukunft noch angeht sein kann, Parteikommunisten, die doch zur Durchführung der gewerkschaftsfeindlichen Beschlüsse ihrer Partei verpflichtet sind, mit Funktionen innerhalb der Organisation zu vertrauen. Denn ebensoviel, wie man einem notorischen Bandenfürsten die Bewachung seines Hauses überlassen kann, kann man schließlich jemandem in der Organisation einen Vertrauensposten übertragen, der auf Grund seiner Parteienweilungen und -beschlüsse gezwungen ist, das Vertrauen zu missbrauchen. D. Sch.

Die „Rote Fahne“ weiß, was Marx unter Lumpenproletariat verstanden hat. Sie zitiert aus dem genialen Geschichtsabriß unseres großen Theoretikers „Der Achtezehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ folgendes:

„Unter dem Vorwand, eine Wohltätigkeitsgesellschaft zu stiften, war das Pariser Lumpenproletariat in geheime Sektionen organisiert worden, jede Sektion von bonapartistischen Agenten geleitet, an der Spitze des Ganzen ein bonapartistischer General. Neben zerstückten Rous und zweideutigen Subsistenzmitteln und von zweideutiger Herkunft, neben verlorenen und abenteuerlichen Ablegern der Bourgeoisie, vagabunden, entlaufenen Soldaten, entlaufenen Zuchthaussträflingen, entlaufenen Galeeren-slaven, Gauler, Lazaronis, Falchen-diebe, Tafelgutspieler, Spieler, Magueraus, Bordellhalter, Lasträger, Literaten, Orgelbrecher, Lumpenfammler, Scherenkleider, Kesselfüller, Bettler, kurz die ganze unbestimmt, aufgelöste hin- und hergeworfene Masse, die die Franzosen La Bohème nennen.“

Und ein paar Zeilen weiter:

„Dieser Bonaparte, der sich als Chef des Lumpenproletariats konstituiert, der in diesem Auswurf, Absatz, Abschluß aller Klassen die einzige Klasse erkennt, auf die er sich unbedingt stützen kann, er ist der wirkliche Bonaparte, der Bonaparte sans phrase.“

Wir haben das Staat kontrolliert (Vierte Ausgabe 1907, Seite 57/58) und haben festgestellt, daß die „Rote Fahne“ ausnahmsweise richtig zitierte. Marx sieht die riesenhafte Wolke, die um um den winzigen Kern der organisierten und überzeugten Kommunisten gesammelt hat, vorgeholt zu haben. Über das Leben und Treiben der Kommunisten in den Großstädten verfolgt, weiß, daß sie Menschen sind wie alle anderen Menschen. Wenn es trotzdem jedes Tag zu Gewalttaten kommt, so deshalb, weil den hält den Deklassierten jene Hemmung fehlt, die für das Leben eines organisierten politischen Kampfes so überaus charakteristisch ist. Wenn an der Spitze dieser kommunistischen „Wohltätigkeitsgesellschaften“ auch nicht gerade ein General steht — an wilhelminischen und österreichischen Offizieren, an Baltikumern, an abenteuernden Ablegern der Bourgeoisie usw. hat die KPD keinen Mangel.

Sie sind wirklich nur moralisch, nur kriminell zu werten, weil sie die Verzweiflungsstimmung der Elenden und Armen ausnutzen für ihre sehr dünne Zwecke. Zwischen den KPD-Bonzen und den von Ihnen zu Gewalttaten aufgehetzten Opfern kapitalistischer Wirtschaft ist ein ebenso großer Unterschied wie zwischen Lumpen und Lumpenproletariat. Man kann logisch zum Lumpenproletariat gehören, ohne ein Lump zu sein, für wirtschaftliches Unglück kann leider. Man braucht ökonomisch nicht zum Lumpenproletariat zu gehören, man kann in Augustdielen und anderen Schlemmerwohnstätten wie ein Bourgeois verfehlten und ist doch ein Lump — was gewisse KPD-Bonzen jeden Tag aufs neue beweisen.

## Alle KPD-Wähler sind Lumpen

behauptet die „Rote Fahne“ jeden Tag auf jeder Seite ihres geduldigen Papiers aufs neue. Man muß annehmen, daß die Redakteure der „Roten Fahne“ ihre Wähler am besten kennen, und wir hätten wirklich keine Urflache, uns in die Familienverhältnisse der russischen Soldatschreiber einzumischen, wenn nicht die „Rote Fahne“ uns als Kronzeuge für ihre Behauptung zitiert hätte. Wie der „Vorwärts“ hatten auch wir mit kurzen Worten versucht, die Urflache des Berliner Kommunismus zu begreifen, bei der Legende Gemeindewohl aufzuweisen. In beiden Zeitungen war als eine der kommunistischen Wähler schlicht das in Berlin so überaus starke Lumpenproletariat genannt worden. Wenn wir nicht irre, war Karl Marx der erste, der eine bestimmte Gesellschaftszeit mit dieser Bezeichnung zusammenfaßte, wie es den auch so revolutionären Kommunisten vorbehalten blieb, als erste die Angehörigen des Lumpenproletariats als Lumpen zu beschimpfen. Das heißt, die marxistische Kennzeichnung in einer pseudomarxistische, also eine kommunistische umzuwandeln. Das heißt, aus einer soziologischen Kategorie eine kapitalistisch-moralische, in diesem Fall also eine kriminelle Kategorie machen. Es ist kennzeichnend für das marxistische Verständnis der „Roten Fahne“, daß sie einer ökonomisch zu erschöpfenden Terminologie eine moralische Bedeutung gibt.

Sie selbst weiß, was seit Marx unter Lumpenproletariat zu verstehen ist. Wenn die „Rote Fahne“ Lumpenproletariat mit Lumpen gleichsetzt, dann sind Gottis Huren aus dem erschitternden Nachlaß Lumpen. Aber außer den KPD-Bonzen werden höchstens die wohlgenährten Geldadprozen den Mut aufbringen, die Unglücklichen Lumpen zu schimpfen.





Paradeplatz und Erholung durch Omnibuspendelverkehr vorgenommen. Außerdem fanden die Verkehrsbehinderungen an der Friedensbrücke, der Eisenbahnunterführung in der Waldstraße und auch die bei der Auffahrt zur Rheinbrücke ihre entsprechende Behandlung. Abhilfen sind überall vorgenommen. Die beste Sicherung des Verkehrs, besser als alle Maßnahmen und Verordnungen, ist die Disziplin. An der Erziehung aller Strafbenutzer zu dieser Verkehrsdisziplin mitzuhelfen, muss Aussgabe aller Verkehrsleute sein. Dann können die Verkehrsverhältnisse sich bessern.

Lebhafte Beifall dankte Dr. Heim für seine Ausführungen. Er ließ erkennen, dass die im Verkehrsverein zusammengeschlossenen Verkehrsarbeiter alle diese Anregungen gern aufnehmen und ebenso gern den Polizeibeamten nicht als den Mann der Strafe, sondern als den der Hilfe anzusehen bereit sind.

An der Aussprache, die äußerst lebhaft war, beteiligten sich Vertreter aller Verkehrsgruppen. Der Vertreter der Straßenbahnen machte beachtenswerte Vorschläge zur Besserung und Sicherung des Mannheimer Verkehrs. Auch bei den Kraftfahrern meldeten sich zahlreiche Männer der Praxis, die sowohl Kritik übten an der Disziplinlosigkeit ihrer eigenen Kollegen und der anderen Straßenbenutzer, als auch mancherlei Neuerungen für Warnungsgeräte, Strafenglasierung (um das Rutschen der Autos zu verhindern) und ähnliche Dinge in Vorschlag brachten. Ganz allgemein war die Forderung nach erweiterten und mehr verteilten Parkgelegenheiten. Vielleicht ist die im Einvernehmen zwischen Polizei und Stadt doch manches zu erreichen. Auch die städtischen Kraftfahrer und die Lenter von Pferdefuhrwerken hatten manche berechtigte Klage vorzubringen. In der Diskussion erst erwähnt der ganze Berg von Fragen, der in den Mannheimer Verkehrsverhältnissen zu lösen bleibt. Dass auch die Strafverfügungen der Polizei nicht ohne Kritik blieben, verdeutlicht sich am Rande, und hier war es besonders Alts vom Verkehrsverein, der eine noch größere Rücksicht gerade bei formalistischen Forderungen.

In allen Diskussionsreden aber sprach der deutsche Wille mit (auch die Vertreter der Verkehrswacht und des Schuhverbandes der Kraftwagenbetriebe stimmten damit überein), mit allem Ernst und aller Sachlichkeit an diese Probleme heran zu gehen und in gegenseitiger Verständigung und unter Rücksicht auf alle anderen Straßenbenutzer die Verhältnisse zu verbessern. Polizeidirektor Dr. Bader sah in einem Schlusswort noch einmal die fast ungähnlichen Vorschläge und Anregungen zusammen und gab der Versammlung die Gewissheit mit auf den Weg, dass es die Polizei an nichts fehlen lassen wird, um ein gedeckliches Zusammenarbeiten von Behörde und Straßenbenutzern zu gewährleisten zum Nutzen der gesamten Bevölkerung.

Nach Mitternacht erst konnte Schwarz die Versammlung lösen, die in bester Harmonie verlief und die vor allem viel gegenseitige Klärung gebracht hatte. Die praktischen Erfolge, in gemeinsamer Arbeit den Leuten, die im Verkehrs ihr Brod finden, die Arbeit zu erleichtern, werden hoffentlich nicht allzu lange mehr auf sich warten lassen.



**Zwei Hindernisse: Der Unternehmer und der Unorganisierte.**

## Literatur.

Alle hier angezeigten Schriften sind durch die Bundesbuchhandlung, Verlagsanstalt „Courier“, zu beziehen. Bestellungen durch die Ortsverwaltungen.

Führung durch die Weihnachtsliteratur. Die Überflutung des Buchmarktes mit Neuerscheinungen nimmt in den Wochen vor Weihnachten einen so starken Umfang an, dass sich selbst der interessierte Leser nicht mehr in der Bücherei zurechtfindet, gar nicht zu reden von der großen Masse des Publikums, die bei ihren Büchereinkäufen vor Weihnachten meist dem blinden Zufall ausgeliefert ist. Es ist deshalb zu begrüßen, dass die in verstärktem Umfang herausgekommen Novembernummern der „Bücherwarte“ der ständigen Beilage der „Sozialistischen Bildung“, auch in diesem Jahre den Verkauf übernimmt, aus der großen Menge der Neuerscheinungen die wichtigsten herauszugreifen, um dem proletarischen Leser gewisse Orientierungsmöglichkeiten zu geben. Das bezieht

sich namentlich auf die Kinder- und Jugendliteratur, über die nach Alterstufen geordnet, zusammenfassend referiert wird. Über darüber hinaus werden auch zahlreiche Neuerscheinungen aus dem Gebiet der erzählenden Literatur, Kunst, Dichtung, Naturkunde usw. besprochen.

In der Novembernummer der „Sozialistischen Bildung“ steht vor allem ein Aufsatz von A. Giboni „Russische Filmprobleme“ in dem die positiven wie die negativen Seiten der russischen Filmproduktion geschildert und Anregungen für die Belebung und Vertiefung des deutschen Films gegeben werden. Professor Hugo Alts, Leiter der Volkshochschule Brünn, gibt in einem Artikel, dem ein weiterer folgen soll, eine zusammenfassende Darstellung des Volkshochschulwesens in Deutschland und Österreich, die weit über die Kreise der Volksbildung interessieren dürfte. Dr. Paul A. Pisk umreist in einem Aufsatz die künstlerischen Aufgaben der Arbeiterkunst. Dr. Ernst Kraeutel erschließt in seiner Abhandlung „Rechtssoziologie als Wissenschaft“ wissenschaftliches Neuland, indem er den Verfuß unternimmt, die neuesten Strömungen auf dem Gebiete der Rechtssoziologie unter dem Gesichtspunkt der marxistischen Soziologie zu werten und systematisch zusammenzufassen.

Aus der Beilage „Sozialistische Bildung“ sei vor allem auf den Artikel von Agricola „Aktivierung und schöpferische Gestaltung der Kinderfreundearbeit“ hin gewiesen.

Die „Sozialistische Bildung“ mit ihrem Beilagen „Bücherwarte“ und „Sozialistische Erziehung“ ist zum Preise von 1,50 Mark für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 25 Pf. Vgl. die Reichsausgabe für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstr. 8, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

**Internationale Landarbeiter-Föderation: „Die Organisationen landwirtschaftlicher Arbeit.“** Nach einer Studie des Internationalen Arbeitsamts, 120 Seiten, kart. Preis 2,50 Mark. Zu beziehen: Verlag Endehaus G.m.b.H., Berlin SW 48, Endestr. 6.

Von 30 Staaten ist das Material in der Schrift zusammengetragen worden. Es zeigt ebenfalls, dass im Verhältnis zur Zahl der Landarbeiter die landwirtschaftlichen Organisationen noch sehr viel Ausbreitungsmöglichkeiten besitzen.

**Die Kegerbibel. Waffenammlung für den kämpfenden Freidenker.** Von Hugo Efferoth, 5. Auflage 1929, 21–25. Tausend, Verlag „Der Freidenker“, Berlin SW 29. Gneisenaustr. 41, 352 Seiten, Umsang, Holzfreeses Papier. In Leinen 5 Mark.

Im neuen besseren Gewande erscheint jetzt wieder auf dem deutschen Büchermarkt Hugo Efferoths „Kegerbibel“. Der durchschlagende Erfolg, den das Buch trotz aller Ungunst der Verhältnisse mit seinen früheren vier Auflagen zu verzeichnen hatte, hat Verlag und Verfasser ermutigt, durch Erweiterung und Verpolsterung des Inhaltes, durch Berichtigung und Überholung von Mängeln, die den ersten Auflagen anhafteten, durch eine buchtechnische Ausstattung, die dem Geschmack unserer Tage entspricht, um neuen Absatz in fortwährend einstellenden Kreisen zu werden.

Es kann nicht die Absicht des Verlages und nicht die des Verfassers sein, jemanden, der sich noch nicht zu einer freien Weltanschauung durchgerungen hat, zur Lektüre dieses Buches zu veranlassen, um ihn „in kleinen Schritten zu verleiten“. Wohl aber darf gefragt werden, dass das Buch gerade jenen Arbeitern, die abseits der Kirche und ihrer Weltanschauung ihren Weg gehen und als freie Menschen auch ihr Leben beschließen wollen, wertvolle Anregungen und Wissenserweiterungen geben wird. Tatsachen der Natur- und Gesellschaftsentwicklung, die leider immer wieder vergessen werden, rast „Die Kegerbibel“ dem Leser ins Gedächtnis zurück.

Einschließlich der erheblichen technischen Erweiterung und der verpolsternden Ausstattung mußte der Preis des Buches auf 5 Mark festgesetzt werden. Es darf erwartet werden, dass sich das Buch im jetzigen Gewande zahlreiche neue Freunde in der großen Geistesgemeinschaft der Freidenker erwerben wird.

**Die Frau in der Kirche von heute.** Von Clara Meyer-Lugau. Verlag „Der Freidenker“, Berlin SW 29, Gneisenaustr. 41, 47 Seiten, Umsang, Preis 40 Pf.

Die Verfasserin wendet sich in dieser kleinen klaren Schrift an ihre proletarischen Schwestern. Sie kennt deren Nöte und Leiden, die aus Unwissenheit und sozialer Entzerrtheit geboren sind. Alle die gewillt sind, mitzuarbeiten am sozialen und kulturellen Aufstieg des Proletariats, alle die ihren Kindern durch Wissen zur Stadt verschaffen wollen, alle die wünschen, dass wir aus diesen sozialen Zuständen von heute zu lichterer Zukunft und bessrem Menschenbild gelangen, müssen diese Broschüre, die außerordentlich wertvolles Material über moderne Kirchenrecht, Eherecht, rächterliche Urteile und vieles andere auf dem Gebiete neuester wissenschaftlicher Forschung enthält, lesen und verbreiten.

**Curt Biging, „Die große Fehde“.** Tiergeschichten, illustriert von Erich Bloch, Kart. 2 Mark, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. 1929.

Was diese Tiergeschichten Curt Bigings aus der ganzen Gattung ähnlicher Literatur heraushebt, ist ihr weltanschaulicher Charakter. Der Verfasser, der als Biologe über eine tiefergründige Kenntnis der Tierwelt, der einheimischen wie der exotischen, verfügt, fühlt sich allem Lebendigen im Geiste Buddhas oder Franz von Assisis verbrüderd. Er erweist sich zudem als Erzähler von vielen Graden, der die originellen Gabeln seiner Geschichten reizvoll vorzutragen weiß. Nichttrivialer als seinen Tieren steht Biging dagegen dem Menschenwelt gegenüber, und er schreibt seinem eigenen Geschlecht verschiedenlich sehr unangemessene Wahrheiten ins Stammbuch. So kommen auch die sozialkritisch veranlagten Leser auf ihre Kosten, und wir zweifeln nicht, dass das gut ausgestaltete, hübsch illustrierte Büchlein bei Jung und Alt zahlreiche Freunde finden wird. Es ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

**Im Strom der Zeit.** Im Jahre 1908 erschien die erste Ausgabe des Gedichtbandes „Im Strom der Zeit“ von Ernst Preysang. Innerhalb kurzer Zeit wurden zwei weitere Auflagen dieses Buches notwendig. 1920 erschien die vierte Auflage des Buches, das allein mit dieser schnellen Folge der Auflagen bewiesen hatte, dass es seinen Titel zu Recht trägt und dass die Gedichte von Ernst Preysang aus der Zeit und für die Zeit geschrieben waren. Inzwischen haben sich formale Umwälzungen in der Literatur vollzogen. Sie sind stürmisch herangebraucht und ebenso schnell wieder verebbt. Die großen Ideale und Symbole der proletarischen Bewegung haben die Jahrzehnte überdauert, und die literarischen Ereignisse der letzten Monate haben es bewiesen, dass auch die ungefährte Einsicht eines Ernst Preysang nicht von Modelaufen und estatischem Geschrei verdrängt werden kann. Immer wird es eine Literatur geben, die nicht an den Tag und an den Zufall schneller Geschmacksveränderungen gebunden ist. Immer wird es eine Literatur geben, die über ihre historische Bedeutung hinaus Geltung behält als Träger ewiger Ideen. Ernst Preysangs Gedichte gehören dazu. Alle Freunde einer ungefährten und proletarischen Lyrik werden es begrüßen, dass jetzt zugleich ans Anfang des 60. Geburtstages von Ernst Preysang am 16. Januar nächsten Jahres, der Gedichtband „Im Strom der Zeit“ in neuer Bearbeitung und schöner Ausstattung, außerdem ergänzt und auf einen Umfang von 14 Bogen erweitert, im Buchmeister-Verlag G.m.b.H., Berlin, neu erscheint. In Leinen 4,80 Mark. Das Werk ist in sechs Abschnitte eingeteilt: „Zot und Wehr“, soziale und Kampfgedichte, „Brennende Welt“, Gedichte aus der Kriegszeit, „Aus Natur und Wunderland“, hauptsächlich Gedichte aus der Zeit der Wale, „Liebe“, „Lieder vom Meer“ und „Ausgang“. Feder Wohlwolltits ist mit einem Holzschnitt von Hans Maerzel geschnitten.

**Blochhaus an der Wolga.** Roman von Max Barthel, Verlag „Der Freidenker“, Berlin SW 29, Gneisenaustr. 41, 247 Seiten, Umsang, holzfreeses Papier. In Leinen 4 M. Das Blochhaus, von dem in dem neuen Roman von Max Barthel die Rede ist, steht an der unteren Wolga, aber die Handlung des Buches sprengt diesen Rahmen und führt nach Petrograd, das jetzt Leningrad heißt, führt nach Odessa, nach Minsk und Smolensk, nach dem Ural, nach Sibirien und nach der grauen Stadt Astrakan. In dem Buch ist das Tempo jener kriegerischen Jahre, in denen die Entscheidungsschlacht zwischen dem Osten und dem Westen geschlagen wurde.

Der Verfasser hütet sich, in das billige Geschrei der Antisowjeten einzufallen, er war ja selbst in jenen Jahren in Moskau, in Odessa, im Ural und in Sibirien. Er war ja selbst in Astrakan und in jenem Blochhaus, und was er nun in seinem Buch erzählt, ist letzten Endes das große Erlebnis vieler Millionen: die Erzählung von der glühenden Liebe zur russischen Revolution, ihr lang-jahres und schmerzliches Erwachen in der Wirklichkeit.

Die Frage Sowjetrußlands ist auch heute noch die Schwachsfrage der deutschen Arbeitersklasse. Barthel schreibt in seinem Roman die russische Wirklichkeit, beschreibt die großen Feste, den Opfergeist des Volkes, die Graualmheit des Bürgerkrieges, die Schwierigkeit des Aufbaues und zeigt an einigen Erlebnissen die unterirdische Arbeit der Politischen Polizei. Alles in allem: ein menschliches Buch, ein Buch der Klarheit, kein Buch der Verklärung.

Der neue Roman wird auch in den heftigen Auseinandersetzungen, die im Schog der deutschen Arbeiterbewegung wüten, vom großen Wert sein. Die Gegner werden ihn herunterziehen und schmähen, die Freunde aber werden in dem Otto Glarus und seinen Erlebnissen sich selbst und die sozialistische Geschichte ihrer Bestimmung und Wandlung erfahren.

Gerade jetzt tritt Sowjetrußland wieder einmal gewaltsam vor die Offenbarlichkeit der Welt. Die Blutmeile der Erstürmungen, die das Land überfluteten, die Auswanderung von vielen tausend deutschen Bauern von Sibirien nach Kanada, die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu England, der berühmte Fünfjahresplan: all das interessiert uns und lässt uns wünschen, tiefere Einblicke in den Sowjetstaat zu gewinnen.

Der Roman „Blochhaus an der Wolga“ von Max Barthel vermittelt neue Einblicke in das noch unbekannte Russland.

## Bekanntmachungen des Bundesvorstandes.

Die Ortsverwaltungen werden ersucht, falls ein gewisser

Alois Rauch

vorsprechen sollte, um Unterstützung zu erlangen, ihm jede Unterstützung zu verweigern und ihn festzustellen.

Rauch scheint im Besitz von Mitgliedsbüchern mehrerer Organisationen zu sein. Nach dem Mitgliedsbuch des Tiefarbeiter-Verbandes ist Rauch am 28. Januar 1905 in Wien geboren.

Abhanden gekommen ist das Mitgliedsbuch des Kollegen Kurt Voigt in Altenburg/Thür., Hpt.-Nr. 1.605.819; desgleichen die „Fakultäts-Karte“ desselben, Hpt.-Nr. 33.116. Falls diese Ausweise vorgezeigt werden, sind sie abzunehmen und an den Unterzeichneten einzugeben.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 20, Ziffer 8 a und b der Bundeszehrung:

In Danzig: Max Brieschke, Hpt.-Nr. 855.767; August Kreft, Hpt.-Nr. 851.848; Friedrich Kütt, Hpt.-Nr. 850.918; Albert Schipani, Hpt.-Nr. 854.170; Paul Serohsi, Hpt.-Nr. 851.458.

In Frankfurt a. M.: Adam Blümlein, Hpt.-Nr. 170.809.

In Gera: Hugo Müller, Hpt.-Nr. 1.893.914.

In Pöhnen: Hugo Dögel, Hpt.-Nr. 2.236.044.

Der Vorstand.

Oswald Schumann, Berlin SD 16, Michaelisplatz 1.

# Zur Unterhaltung und Belehrung

## Der Satz von der Erhaltung der Energie.

Der Wandel des physikalischen Weltbildes in den letzten 25 Jahren.

So wie es den Chemikern vergangener Jahrhunderte als Ziel vorschwebte, Gold aus weniger wertvollen Stoffen durch Mischung zu erzeugen, so galt es bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts vielen als die Aufgabe der Physik: eine Maschine zu erfunden, die fortgesetzt dem Menschen Kraft zur Verfügung stellt, ohne dass die neue Kraft hineingestellt werden muss. So möglich eine umsonst arbeitende Maschine vielleicht wäre, es gelang nie, und nichts trennt die moderne Physik besser von der alten als die Erkenntnis, dass alle diese Bestrebungen umsonst sind. Es war der deutsche Arzt Julius Robert Mayer, der 1840 auf Grund von Experimenten diese Behauptung ausprach und dafür – wegen Geisteskrankheit interniert wurde. Dieser oberste Grundsatz der Physik lautet nun: es gibt und kann keine ewig laufende, kostspielende Maschine, kein „Perpetuum mobile“ geben.

Was bedeutet nun dieser wichtige Satz? Er sagt aus, dass die Energie, die bei irgendinem Vorgang physikalischer, chemischer, technischer Art erhalten wird, genau in gleich der verbrauchten Energie ist. Während dies für mechanische Vorgänge schon lange als richtig angegeben wurde, war es besonders schwierig, dies auch für die Fälle zu beweisen, wo Wärme vorkommt. Denn hier scheint wirkliche Energie in Form von Wärme verloren gehen zu können. Wenn z. B. heißes Wasser abfließt, so scheint die Wärme weg zu sein, ohne dass sie wo anders zu finden ist. Betrachtet man aber eine genügend große Umgebung, so findet man stets, dass diese sich dabei verändert hat. Entweder sie ist wärmer geworden oder hat die Wärmeenergie in einer anderen Form aufgenommen (z. B. als mechanische Arbeit bei der Lokomotive).

Wenn dieser Satz, dass Energie bei seinem Vorgang in der Natur weder verloren geht noch umsonst gewonnen werden kann, für unsere ganze physikalische Forschung von einschneidender Bedeutung war, so bestreitigt er doch wenig. Denn wenn auch keine Maschine gebaut werden kann, die umsonst Kraft gibt, so könnte man doch glauben, dass folgendes möglich ist: da die Wärme des ungeheuren Meeres und der Sonne uns nahezu unbeschränkt viel Energie in Form von Wärme zur Verfügung stellt, so müsste sich ein Apparat bauen lassen, der dem Meere oder der Sonne Energie in Form von Wärme entzieht und diese in mechanische umwandelt. Natürlich müsste dieser Apparat dann periodisch lange Zeit arbeiten können. Wir hätten also doch eine Art Perpetuum mobile, eine umsonst laufpende Maschine. Aber auch dieses ist nicht möglich. Dies in aller Schärfe erkannt zu haben, ist das Verdienst des großen deutschen Physikers Planck.

Will man diesen zweiten Satz von der Erhaltung der Energie voll erfassen, so kommt man auf einen sehr schwierigen Begriff, der einen tiefen Einblick in das Weltgeschehen ermöglicht. Wenn wir einen Stein heben, so können wir die dabei verbrauchte Arbeit wieder erhalten, wenn wir ihn fallen lassen. Wir brauchen dabei keine neue Arbeit leisten. Steigt der Stein wieder auf dem Boden, so hat sich so gut wie nichts geändert. Schieben wir aber einen Stein auf der Erde, so geht ein Teil unserer Arbeit zur Überwindung der Reibung drauf, d. h. ein Teil unserer Energie verwandelt sich in Reibungswärme und diese Energie geht zwar nicht verloren, aber wir können sie nicht mehr zurückgewinnen, ohne neue Arbeit aufzubringen zu müssen. Wir können also diesen Vorgang nicht rückgängig machen. Noch klarer wird dies bei folgendem Beispiel: Vermischen wir heißes Wasser mit kaltem, so gelingt es uns nie wieder, aus der lauen Mischung – ohne neue Energie aufzumachen – eine solche Menge heißen und kalten Wassers herauszuholen, wie wir hineingeschüttet haben. Die Energie in Form der Menge ist dabei unbedingt dieselbe geblieben, aber wir können sie nicht wieder in ihrer ursprünglichen Form erhalten.

Es gibt also Vorgänge in der Natur, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Diese Vorgänge sind darunter, dass sich Temperaturgegenläufe ausgleichen. Der komplizierte Fall, dass sich ein Liter heißen Wassers neben einem Liter kalten befindet, geht in den einfachen Fall über, dass 2 Liter lauen Wässer vorhanden sind. Man kann hier trotz Erhaltung der Energie von einer Umordnung, einer Desorganisation der Energie sprechen. Und diese Umordnung der Energie mussständig zunehmen, da sie im grossen nicht mehr rückgängig gemacht werden kann, weil stets neue Kraft hineingesetzt werden müsste. Damit haben wir im Naturgeschehen etwas ganz Neues erhalten: eine Richtung, eine Entwicklung, die unaufhaltsam vorwärts geht, und zwar in der Richtung eines allgemeinen Temperaturausgleichs. Aber nicht nur bei Wärmeprozessen findet dieses statt, sondern streng genommen bei jedem Vorgang, denn stets wird Reibung und also Reibungswärme erzeugt. Und damit glaubt man ein Ziel des Naturgeschehens erkannt zu haben. Es wird der „Wärmetod“ genannt, womit nicht eine allgemeine Kälte gemeint sein kann, sondern ein allgemeiner Ausgleich, der keine Möglichkeit mehr bietet, höhere Temperaturen herzustellen.

Ob das richtig oder falsch ist – die Wissenschaft erlaubt sich nicht darauf zu antworten. Denn wir wissen nicht, wie groß die Welt ist und wo unserem Sonnensystem Energie zugeführt werden kann; wie groß die in den Atomen vorhandene Energien sind, und noch we-

niger wissen wir, ob nicht doch in uns unzugänglichen Gebieten dieser Ausgleich rückgängig gemacht werden kann. Wir sehen hiermit, bis zu welchen Grenzen uns der Satz von der Erhaltung der Energie geführt hat und wie wir einen noch viel schwierigeren und wichtigeren Satz erhalten, der uns ganz neue Fragestellungen bot, die heute im Zentrum der Naturforschung stehen.

C. V.

## Ruhm.

Von André Polzer.

Der Schauspieler Dalberth stand zu dieser Zeit am Höhepunkt seines Ruhmes. Es war sein schreiner, welterschütternder Ruhm: Magazins brachten nicht sein ganzseitiges Porträt, auch batte ihn seine Filmgesellschaften zur Übernahme einer tragenden Rolle. Die Berühmtheit Albert Dalberths war geographisch bis zur nächsten grösseren Stadt, publizistisch bis zu einer halben Spalte des losalen Blätters begrenzt. Dies hinderte nicht den Schauspieler in seiner Werbung, ein gotthegender Künstler zu sein. Und das – statistisch auf annähernd dreitausend Seelen geschätzte – Publikum des kleinen Stadttheaters bestätigte es ihm immer wieder. Ob er den düsteren Königsohn Hamlet, den eifersüchtigen Mohren Othello oder den leichtsinnigen Helden eines französischen Schwantes mimte – man largte nicht mit Beifall.

Auch an diesem Abend, als nach dem ersten Akt der Vorhang gefallen war – man spielte ein modernes Gesellschaftsstück zum ersten Male – rief robuster Applaus trauriger Hande den Liebling immer erneut hervor. Der Saal war schon längst hell geworden, ohne der Begeisterung Schranken zu legen. Dalberth verneigte sich zum zwölften Male vor dem Beifall tobenden Publikum, als sein Blick plötzlich wie gebannt auf einem Zuschauer der ersten Parterrei haften blieb.

Der Schauspieler erkannte ihn sofort. Er hatte diesen wuchtigen, runden Schädel zu oft in den illustrierten Zeitungen und auf der Kinoleinwand gesehen, um sich irren zu können: es war der berühmte Konings, unbestritten einer der größten Mimen der Gegenwart.

Auf der Bühne zurückkehrte, teilte Dalberth erregt seinen Kollegen seine Wahrnehmung mit. Neugierig drängten sich die Alteute an den Vorhang und lugten in den Zuschauerraum hinaus, und alle erkannten jetzt den großen Mann.

Als im folgenden Akt Dalberth in Szene trat, strahlte seine Blinde sofort den berühmten Kollegen Konings auf seinem Platz und sah zur Bühne hinauf. Dalberth gewährte bald, dass er mit ihr beobachtete, und seine Brust weitete sich vor Stolz. Er spielte angefeuert von Konings' Bildern, wie vielleicht noch niemals in seinem Leben. Das Publikum raste; dreimal erholt Dalberth auf offener Szene Applaus.

Nach dem Schluss wollten die Leute den Saal einfach nicht verlassen. Unzählige Male musste sich Dalberth vor den Zuschauern verneigen. Es war der größte Triumph seiner Laufbahn, der seine Krönung erhielt, als man ihm seine Bildentart brachte: der berühmte Kollege bat ihn, mit ihm zu Abend zu speisen.

Dalberth schwieg im siebten Himmel; der Weg zu den großen Bühnen der Hauptstadt, zu den fürstlich honorierten Filmengagements – zum Weltkino stand offen. Haltig, doch mit außergewöhnlicher Sorgfalt kleidete er sich um in seiner beispielhaften Garderoobe und eilte auf die Straße hinaus.

Konings Auto erwartete ihn vor dem Bühnenausgang. Der Künstler sah selber am Steuer und beglückwünschte ihn warm zu seinem großen Erfolg, und er hielt sich zu nehmen.

Geschwindig und lautlos rollte mit ihnen der mächtige Wagen durch die windigen Gassen und hielt vor der „Krone“, wo ein weißgedeckter, mit Blumen geschmückter Tisch sie erwartete.

Der Abend verlief traumhaft. Der große Künstler war ein entzückender Mensch und behandelte den Kollegen von der kleinen Provinzhöhle wie seinen besten Freund.

Als auch die zweite Flasche Sekt ausgetrunken und die Stimmung schon gehoben war, bat er Dalberth, etwas zu rezitieren.

Nach ansässigem Jögern willigte dieser ein. Mit grossem Schwung und breiten Gesten declamierte er lange Monologe. Konings war ein dankbarer Zuhörer; sein Blick wich nicht von Dalberth, dessen Mimik seine Augen gleich optischen Linien verlängerten. Er spät nachts trennten sich die beiden.

Während Konings gleich die Rückfahrt nach der Hauptstadt antrat, lehrte Dalberth glückrunnen heim und träumte die Nacht von Weltkino und Reichtum.

Am folgenden Tag brachte der Stadtanzeiger ein langes Referat über den unerwarteten Besuch des großen Künstlers. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, schloss der Artikel, „weilte der weltberühmte Mime zwecks Studien zu seinem neuen Tonfilm „Der einsame Weg“ in unseren Mauern.“

Auch Dalberth las diese Notiz, und bald wußte es jedermann, dass der große Konings lediglich um ihn spielen zu sehen, die Stadt aufzufindet hatte.

Als Dalberth später an ihn körte und um eine Karte zur Uraufführung des Films bat, blieb merkwürdigerweise sein Brief unbeantwortet.

Er ließ sich also das Billett durch einen Freund beschaffen und reiste zur Premiere nach der Hauptstadt, wo er gleichzeitig Konings aussuchen wollte, damit dieser ihn bei einigen Theaterdirektoren einführe.

Als er endlich erwartungsvoll dasoyer des großen Lichtspielpalastes betrat, war es noch rechtlich früh. Dalberth näherte sich interessiert den ausgehängten Photographien, und verblüfft erblickte er plötzlich sein eigenes Bild. Erst bei näherer Betrachtung gewahrte er, dass es Konings war, der in seiner, Dalberths, Masse die Hauptperson des Films darstellte.

Dalberth öffnete interessiert das Programm, das er soeben erworben hatte, um nach dem Personenverzeichnis zu sehen.

Und da geschah etwas Sonderbares.

Der Schauspieler erblachte plötzlich, zerknüllte triumphhaft das Hemd und rannte wie besessen hinaus.

Erst in der vierten Straße hielt er ein Taxi an und ließ sich zum Bahnhof bringen. Verloren saß er im Zuge, der in der Richtung seiner Heimatstadt fuhr. Viele Stunden vergingen, ehe er wagte, in die Tasche zu greifen und das arg zerknüllte Programm herauszuholen. Er glättete es und suchte seine Blinde auf der Stelle, wo unter den Worten „Version des Films“ mit feinen Buchstaben stand: „Der Schauspieler Dalberth.“ E. Konings.

## Vergangenheit ohne Ende.

Haben Sie je so einen fabelhaften alten Herrn gesehen? Herrlich.

Der weltberühmte Kurort mit den tausend luxuriösen Damen und den vielen etwas lebervollen und schwerreichen Industriellen lobte aus einer Seele:

Nein, so etwas vor entzückendem alten Herrn haben wir wirklich noch nicht gesehen.

Bürtiglich um zehn Uhr vormittags tauchte er am Korsos auf; sein Haar fiel lässig über seine Schulter und sein Gesicht strahlte.

Die Frauen rissen sich darum, von ihm unterhalten zu werden – und die Männer verstanden dies; es war überhaupt merkwürdig: niemand konnte sich seinem suggestiven Einfluss entziehen.

Er erzählte die schönsten Geschichten mit den einfachsten Mitteln der Welt; er trank die Herren unter den Zillen, und wenn sie munter wurden, tat er es noch einmal. Er verpsummte Geld und war überhaupt der gute Onkel; aber dies alles war bestimmt nicht die Ursache seiner Beliebtheit. Er wirkte mystisch, das war es einfach.

Die Bar wurde wegen Überfüllung geschlossen, wenn er anwesend war, und die Anekdoten, die er an solchen Abenden erzählte, machten am nächsten Morgen die Runde durch die Kurstadt.

Ein beliebter Mensch. Das Hotel, in dem er wohnte, hatte einen glücklichen Besitzer.

Ja, solche Gäste hat man nicht täglich.

Die Geschichte wäre nicht wert, erzählt zu werden, wenn sie nicht etwas Besonderes von allen anderen unterscheiden würde.

Das Leben in einer Kurstadt wird nur von den Sensationen erhalten, die Herr X über Herrn Y weiß; man kennt die Liebesaffären der Zimmer Nachbarin so gut wie sein eigenes Bett in diesen Dingen; man weiß, wer über seine Verhältnisse lebt und warum; kurz: man kommt als leidender Kurgast und verschwindet als lebendes Ausflugsbuch über viele hundert erlebnislose Seelen.

Es war also wirklich angenehm, von jenem alten Herrn tausend andere und viel interessanter Dinge zu hören; sie lagen nur etwas abseits vom Tratsch der Frontzimmerbewohner.

Um zehn Uhr vormittags tauchte sonst der beliebte Bärtige Zeitvertreiber am Korsos auf; an diesem Tage kam er etwas später.

Er schwankte vorgebend den breitrandigen Hut nach allen Richtungen; er war ein Lüftlein Luft und nichts weiter, ein übereingeschossenes Inlett.

In seinem Hirn kreisten tolle Gedanken: vielleicht vergaß er, sichtbar zu grüßen. Und er grüßte nochmals, aber sein Gesicht war schon grimmassenhaft höflich. Keine Antwort.

Ein Tröststoff, mit dem er eine Nacht zuvor aus dem getrunken hatte, ging vorbei.

Baron!

Tutum, ich lenne Sie nicht.

Er lief zur besten Belannten.

Kann ich Frau Kommerzialrat sprechen?

Bedaure, gnädige Frau, Ihr gestern fort.

Verloren und innerlich in zwei Hälften gespalten, sprang er in breiten, weitauseitabenden Schritten zur Hotelhalle.

Der Direktor kam ihm entgegen und sprach:

Ihre Koffer sind gepackt. Sie wollen doch heute reisen?

Und dem Portier rief er zu:

Nummer 16 führt mit dem nächsten Zug.

Ihre Rechnung ist bereit. Eine Sekunde, ich glaube, ein Brief ist für Sie da.

Nach einer Minute hielten zwei nervöse, verkrampfte, schon lange in Pension gegangene Hände ein amtliches Kärtchen.

Darauf stand:

An den

Scharfrichter August Klemmerer

Hotel zu den drei Kronen,

Renato Mondò.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Lindow, Berlin SO.

Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H., Berlin SO.

Druck: Mauter & Dümmler, Berlin SO 10, Klopstock Str. 38-39.